



Niederschrift

8. öffentliche/nichtöffentliche Sitzung des Ausschusses für Ordnung und Sicherheit

Sitzungstermin:	Dienstag, 24.11.2020
Sitzungsbeginn:	18:00 Uhr
Sitzungsende:	20:17 Uhr
Ort, Raum:	ProPotsdam GmbH, Pappelallee 4, 14469 Potsdam

Anwesend sind:

Ausschussmitglieder

Herr Leon Troche	SPD	
Herr Fabian Twerdy	Bündnis 90/Die Grünen	ab 18:05 Uhr
Herr Lars Eichert	CDU	
Herr Christian Raschke	DIE aNDERE	Sitzungsleitung

stellv. Ausschussmitglieder

Herr Jens Dörschel	Bündnis 90/Die Grünen	
Herr Sascha Krämer	DIE LINKE	
Herr Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg	DIE LINKE	
Herr Oliver Stiffel	AfD	

sachkundige Einwohner

Herr Tamás Blénessy	DIE aNDERE	
Herr Lars Gindele	Bündnis 90/Die Grünen	
Herr Tino Henning	DIE LINKE	
Herr Helmut Lange	Freie Demokraten	bis 20:00 Uhr
Herr Peter Roggenbuck	Bürgerbündnis	

Vertreter der Beiräte

Herr Peter Borchart	Seniorenbeirat	
---------------------	----------------	--

Nicht anwesend sind:

Ausschussvorsitzender

Herr Daniel Friese	AfD	entschuldigt
--------------------	-----	--------------

Ausschussmitglieder

Frau Imke Eisenblätter	SPD	entschuldigt
Frau Dr. Mechthild Rünger	Bündnis 90/Die Grünen	entschuldigt
Herr Ralf Jäkel	DIE LINKE	entschuldigt
Frau Jana Schulze	DIE LINKE	entschuldigt

zusätzliches Mitglied

Frau Dr. med. Carmen Klockow	Bürgerbündnis	entschuldigt
------------------------------	---------------	--------------

sachkundige Einwohner

Herr Karsten Dornhöfer	SPD	entschuldigt
Herr Wolfgang Geist	CDU	nicht entschuldigt

Beigeordnete

Frau Brigitte Meier	Geschäftsbereich 3	entschuldigt
---------------------	--------------------	--------------

Vertreter der Beiräte

Herr Tobias Straub	Beirat für Menschen mit Behinderungen	nicht entschuldigt
--------------------	---------------------------------------	--------------------

Gäste:

Herr Stefan Frerichs	Bereich Wirtschaftsförderung
Frau Karin Grochowski	Fachbereich Ordnung, Sicherheit und Gesundheit
Frau Birgitte Wiedemann	Bereich öffentlich-rechtlicher Entsorgungsträger, Abfallentsorgung
Herr Andreas Hansche	Bereich Allgemeine Ordnungsangelegenheiten
Frau Martina Spyra	Schriftführerin

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 08.09.2020 / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung
- 3 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung
 - 3.1 Barrierefreier und belästigungsarmer Weihnachtsmarkt ab 2020
Vorlage: 20/SVV/0011
Fraktion DIE aNDERE
 - 3.2 Weiterentwicklung des zentralen Weihnachtsmarktes in der Potsdamer Innenstadt
Vorlage: 20/SVV/0090
Fraktion der Freien Demokraten
 - 3.3 Abfallentsorgungssatzung
Vorlage: 20/SVV/0958
Oberbürgermeister, Fachbereich Ordnung, Sicherheit und Gesundheit
 - 3.4 Abfallgebührensatzung 2021
Vorlage: 20/SVV/0959
Oberbürgermeister, Fachbereich Ordnung, Sicherheit und Gesundheit
 - 3.5 Wertstoffhof in Babelsberg erhalten und Öffnungszeiten nutzerfreundlich umgestalten
Vorlage: 20/SVV/1005
Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, Die Linke

- 3.6 Maßnahmen zur Kontrolle der illegalen Müllentsorgung an Standorten von öffentlichen Glascontainern
Vorlage: 20/SVV/1146
Fraktion SPD
- 3.7 Achte Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung von Benutzungsgebühren für Leistungen des Rettungsdienstes der Landeshauptstadt Potsdam (Achte Rettungsdienstgebührenänderungssatzung)
Vorlage: 20/SVV/1258
Oberbürgermeister, Fachbereich Feuerwehr
- 3.8 Sicherheit im Schlaatz gewährleisten
Vorlage: 20/SVV/0973
AfD Fraktion
- 3.9 24-Stunden Dienst des Ordnungsamtes
Vorlage: 20/SVV/1174
Fraktion CDU
- 3.10 Einrichtung einer Fahrradstaffel des Ordnungsamtes
Vorlage: 20/SVV/1216
Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD, Die Linke
- 3.11 Mehr Sicherheit für Radfahrer
Vorlage: 20/SVV/1145
Fraktionen DIE LINKE, SPD und Bündnis90/Die Grünen
- 3.12 Abstellen von Autos in Kreuzungsbereichen, Einmündungen und vor Bordsteinabsenkungen verhindern
Vorlage: 20/SVV/1277
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

- 4 Mitteilungen der Verwaltung
 - 4.1 Standortsuche Wertstoffhof im Potsdamer Norden
Vorlage: 20/SVV/1296
Oberbürgermeister, FB Stadtplanung
 - 4.2 Auswirkungen des Cyberangriffs im Januar 2020 auf den Geschäftsbereich Ordnung, Sicherheit, Soziales und Gesundheit
 - 4.3 Informationen zum "Kommunalen Präventionsrat"

- 5 Sonstiges

Niederschrift:

Öffentlicher Teil

zu 1 Eröffnung der Sitzung

Begrüßung und Eröffnung der Sitzung durch den stellvertretenden Ausschussvorsitzenden, Herrn Christian Raschke.

**zu 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung /
Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des
öffentlichen Teils der Sitzung vom 08.09.2020 / Feststellung der
öffentlichen Tagesordnung**

Herr Raschke stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Zu Beginn der Sitzung sind 7 von 9 stimmberechtigten Mitgliedern anwesend. Somit ist die Beschlussfähigkeit des Ausschusses gegeben.

Herr Raschke stellt die Niederschrift zur Sitzung vom 08.09.2020 zur Abstimmung.

Die Niederschrift wird mit 6 Zustimmungen und 1 Enthaltung mehrheitlich **bestätigt**.

Anschließend bittet Herr Raschke um Abstimmung über die Tagesordnung. Er informiert, dass der TOP 4.2 „Auswirkungen des Cyberangriffs im Januar 2020 auf den Geschäftsbereich Ordnung, Sicherheit, Soziales und Gesundheit“ erneut verschoben werden muss, da Herr Morgenstern-Jehia nicht an der heutigen Ausschusssitzung teilnehmen kann.

Die so geänderte Tagesordnung wird einstimmig **bestätigt**.

zu 3 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung

zu 3.1 Barrierefreier und belästigungsarmer Weihnachtsmarkt ab 2020

Vorlage: 20/SVV/0011

Fraktion DIE aNDERE

Herr Dr. Scharfenberg weist darauf hin, dass die Anträge 20/SVV/0011 und 20/SVV/0090 im SBWL-Ausschuss gemeinsam behandelt und dann zusammengeführt wurden. Er schlägt vor, sich dem Votum des SBWL-Ausschusses anzuschließen.

Herr Eichert stellt folgenden **Antrag zur Geschäftsordnung**: Gemeinsame Behandlung der Drucksachen 20/SVV/0011 und 20/SVV/0090.

Dem GO-Antrag wird mehrheitlich zugestimmt.

Herr Frerichs erklärt, dass die Anträge so umgesetzt werden. Er bittet, 2020 durch 2021 zu ersetzen.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, stellt Herr Raschke die so geänderte Drucksache zur Abstimmung.

Der Ausschuss für Ordnung und Sicherheit empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung wie folgt zu beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt dafür Sorge zu tragen, dass der Weihnachtsmarkt in Potsdam ab dem Jahr ~~2020~~ **2021** barrierefrei zugänglich ist und dass die von ihm ausgehenden Belästigungen und Gefahren deutlich reduziert werden.

Vor Erteilung einer neuen Genehmigung zur Durchführung des Weihnachtsmarktes ist im Hauptausschuss ein Konzept vorzulegen, das folgenden Aspekten Rechnung trägt:

- Barrierefreiheit insbesondere hinsichtlich der Kabelführungen und Wasser/Abwasseranschlüsse, hinsichtlich des Platzangebotes zwischen den Verkaufsständen und Geschäften sowie hinsichtlich der Aufstellung von Werbeaufstellern, Tischen und Stühlen im Straßenraum in der Fußgängerzone
- Abschirmung des Weihnachtsmarktes ohne Zugangsbeschränkungen z.B. für Rollstuhlfahrer*innen oder Menschen mit Rollatoren
- Freie Zufahrtswege für Rettungsfahrzeuge auf dem gesamten Gelände des Weihnachtsmarktes
- Abfallentsorgung mit Mülltrennung (Papier, Glas, Verpackungen, Restmüll)
- Reduzierung von Geruchs-, Lärm- und Lichtbelastungen für die Anwohnenden

Abstimmungsergebnis:

Mit 7 Zustimmungen und 1 Ablehnung mehrheitlich angenommen.

zu 3.2 Weiterentwicklung des zentralen Weihnachtsmarktes in der Potsdamer Innenstadt

Vorlage: 20/SVV/0090

Fraktion der Freien Demokraten

Herr Raschke stellt die geänderte Drucksache zur Abstimmung.

Der Ausschuss für Ordnung und Sicherheit empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung wie folgt zu beschließen:

Um Verbesserungen hinsichtlich des zentralen Weihnachtsmarktes in der Innenstadt herbeizuführen, wird auf Veranlassung der Landeshauptstadt Potsdam **zeitnah** ein Workshop unter Beteiligung von Stadtpolitik und interessierten Einrichtungen/Vereinen organisiert.

Abstimmungsergebnis:

Mit 7 Zustimmungen und 1 Ablehnung mehrheitlich angenommen.

zu 3.3 Abfallentsorgungssatzung

Vorlage: 20/SVV/0958

Oberbürgermeister, Fachbereich Ordnung, Sicherheit und Gesundheit

Frau Grochowski bringt die Drucksache ein und gibt Erläuterungen.

Herr Raschke bringt den Änderungsantrag der Fraktion DIE aNDERE ein, der allen Ausschussmitgliedern als Tischvorlage vorliegt und begründet diesen.

Herr Dörschel kann den Änderungsantrag nachvollziehen, da gebrauchsfähige Gegenstände aus dem Sperrmüll auch weiter genutzt werden sollen. Er schlägt vor, im § 6 Abs. 4 nur den 1. Satz zu streichen und den Rest stehen lassen. Bei den Ordnungswidrigkeiten sollte dies analog angepasst werden.

Herr Eichert fragt die Verwaltung mit Verweis auf die steigenden Abfallkosten, ob es Vergleiche mit anderen Städten gibt. Es gab den Auftrag, die Kostenentwicklung für die Bürger aufzuzeigen. Gibt es hier Vergleiche, wie die Kosten reduziert werden. Des Weiteren fragt er, ob durch die Abfallentsorgung Einnahmen entstehen, durch die die Kosten reduziert werden könnten.

Herr Blenessy erklärt, dass konkret in der Satzung benannt werden muss, wenn kommerzielle Müllsammlung unterbunden werden soll.

Frau Grochowski betont, dass keine Stigmatisierung von Personen erfolgen soll. Beim Umschichten und Verteilen des Sperrmülls wird die Entsorgung durch die STEP erschwert und möglicherweise auch verzögert. Deshalb wurde dies als notwendig erachtet und in die Satzung aufgenommen. Es ist aus Sicht der Verwaltung auch möglich, auf diesen Paragraphen in der Satzung zu verzichten.

Herr Dr. Scharfenberg geht davon aus, dass es sich in dem genannten Paragraphen um Abfälle an sich handelt, nicht nur auf den Sperrmüll. Die Öffnung für den Sperrmüll sollte dann konkretisiert werden.

Herr Eichert betont, dass die Kostenauswirkung für die Bürger dargestellt werden muss.

Frau Grochowski macht deutlich, dass die Darlegungen von Herrn Eichert einer umfassenden Prüfung bedürfen.

Herr Raschke bittet um Abstimmung über den **Änderungsantrag von Herrn Dörschel:**

Im § 6 Abs. 4 wird der 1. Satz gestrichen.

Im § 29 Abs. 1 Punkt 9 wird „oder wegnimmt“ gestrichen.

Abstimmungsergebnis:

Mit 5 Zustimmungen und 3 Stimmenthaltungen mehrheitlich angenommen.

Anschließend bittet er um Abstimmung über den **Änderungsantrag der Fraktion DIE aNDERE:**

In der Abfallentsorgungssatzung werden folgende Bestimmungen ersatzlos gestrichen:

§ 6 Benutzung der öffentlichen Einrichtung, Anfall von Abfällen

~~(4) Unbefugten ist es nicht gestattet, Abfälle zu durchsuchen oder wegzunehmen. Die~~

~~Durchsuchung von Abfällen, sowie die Behandlung vor Ort ist darüber hinaus jedermann~~

~~untersagt, soweit sie mit Gefahren für Leben oder Gesundheit verbunden ist oder die~~

~~Abfallbehälter beschädigt werden können.~~

§ 29 Ordnungswidrigkeiten

(1) Ordnungswidrig handelt, wer vorsätzlich oder fahrlässig

~~9. entgegen § 6 Abs. 4 Abfälle durchsucht oder wegnimmt,~~

Die Nummerierung der folgenden Punkte ist entsprechend anzupassen.

Abstimmungsergebnis:

Mit 2 Zustimmungen, 4 Ablehnungen und 2 Stimmenthaltungen abgelehnt.

Herr Raschke stellt die so geänderte Drucksache zur Abstimmung.

Der Ausschuss für Ordnung und Sicherheit empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung wie folgt zu beschließen:

Satzung über die Abfallentsorgung der Landeshauptstadt Potsdam (Abfallentsorgungssatzung)

+ Änderung:

Im § 6 Abs. 4 wird der 1. Satz gestrichen.

Im § 29 Abs. 1 Punkt 9 wird „oder wegnimmt“ gestrichen.

Abstimmungsergebnis:

Mit 5 Zustimmungen und 3 Stimmenthaltungen mehrheitlich **angenommen**.

zu 3.4 Abfallgebührensatzung 2021

Vorlage: 20/SVV/0959

Oberbürgermeister, Fachbereich Ordnung, Sicherheit und Gesundheit

Frau Grochowski bringt die Drucksache ein und erläutert diese.

Herr Eichert kann anhand der vorliegenden Drucksache nicht nachvollziehen, ob es einen Vergleich mit anderen Städten gibt und ob es Bemühungen gab, die Kosten für die Bürger so günstig wie möglich zu gestalten.

Frau Grochowski erklärt, dass kostensenkende Maßnahmen ganzjährig durch die Verwaltung geprüft werden. Die Tourenpläne werden so effizient wie möglich mit der STEP vereinbart. Auch bei der Anschaffung auf Fahrzeuge durch die STEP wird Einfluss genommen, um die Kosten so gering wie möglich zu halten.

Herr Eichert fragt, warum es anderen Kommunen gelingt, die Kosten zu senken und der Landeshauptstadt Potsdam nicht.

Frau Grochowski weist darauf hin, dass dabei die Vertragssituationen in den einzelnen Städten betrachtet werden müssen.

Herr Dörschel betont, dass die Kostensenkungspotentiale durchaus betrachtet werden sollten. Er weist darauf hin, dass die entstandenen Kosten über die Müllgebühren umgelegt werden müssen. Die Kostensenkungspotentiale müssen an anderer Stelle ermittelt werden.

Herr Roggenbuck erinnert daran, dass Frau Kluge vor einigen Jahren ausgesagt hat, dass bei den Touren mitgefahren werden soll, um zu sehen, welche Touren optimiert werden können.

Herr Dr. Scharfenberg verweist auf das optimale Abfallentsorgungssystem in der Landeshauptstadt Potsdam hin. Insgesamt sind die Kosten in der LHP relativ stabil. Es ist auch in Anbetracht der Entwicklung nachvollziehbar, dass die Kosten steigen. Kostensenkende Maßnahmen sollten aber trotzdem außerhalb der Diskussion zur Satzung geprüft werden.

Frau Grochowski informiert über die Ausschreibungsmodalitäten zu den Leistungen. Sie verweist auf die erforderlichen Ausschreibungsverfahren und die rechtlichen Regelungen.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, stellt Herr Raschke die Drucksache zur Abstimmung.

Der Ausschuss für Ordnung und Sicherheit empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung wie folgt zu beschließen:

Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Abfallentsorgung der Landeshauptstadt Potsdam (Abfallgebührensatzung) 2021

Abstimmungsergebnis:

Mit 5 Zustimmungen und 3 Enthaltungen mehrheitlich angenommen.

zu 3.5 Wertstoffhof in Babelsberg erhalten und Öffnungszeiten nutzerfreundlich umgestalten

Vorlage: 20/SVV/1005

Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, Die Linke

Herr Dörschel bringt den Antrag ein und weist darauf hin, dass man vor einigen Jahren im Wertstoffhof in Babelsberg auch freitags und samstags anliefern konnte. Dies ist nun nicht mehr möglich. Er hält es für sinnvoll, dass auch freitags und samstags Abfälle entgegen genommen werden. Dafür könne man ggf. montags und dienstags schließen.

Frau Grochowski erklärt, dass im März 2016 der Wertstoffhof in Drewitz eröffnet und damit die Öffnungszeiten im Wertstoffhof im Neuendorfer Anger reduziert wurde. Damit sollte eine Kostensenkung erreicht werden. Sie weist auch darauf hin, dass außerdem noch das Schadstoffmobil in der Stadtgebiet unterwegs ist. Es kann mit der STEP verhandelt werden, die Öffnungszeiten des Wertstoffhofes im Neuendorfer Anger zu verschieben. Eine Zusage, dass dies dann auch realisiert werden kann, kann nicht gegeben werden. Frau Grochowski verweist in diesem Zusammenhang auch auf die bestehende vertragliche Bindung. Eine Wirksamkeit könnte frühestens 2022 entstehen.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, stellt Herr Raschke die vorliegende Drucksache zur Abstimmung.

Der Ausschuss für Ordnung und Sicherheit empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung wie folgt zu beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt:

- den innenstadtnahen Wertstoffhof am Neuendorfer Anger in Babelsberg zu erhalten, und zwar auch für den Fall der Eröffnung eines zusätzlichen Wertstoffhof im Potsdamer Norden;
- eine nutzerfreundliche Umgestaltung der Öffnungszeiten zu veranlassen, so dass auch wieder Öffnungszeiten am Freitag und/oder Samstag angeboten werden.

Der Stadtverordnetenversammlung ist in der Dezember Sitzung 2020 zu berichten.

Abstimmungsergebnis:

Mit 8 Zustimmungen einstimmig angenommen.

zu 3.6 Maßnahmen zur Kontrolle der illegalen Müllentsorgung an Standorten von öffentlichen Glascontainern

Vorlage: 20/SVV/1146

Fraktion SPD

Herr Troche bringt den Antrag ein und begründet diesen.

Frau Grochowski teilt mit, dass es entsprechende Kontrollfahrten des Außendienstes gibt. Aktuell werden aufgrund der durchzuführenden Kontrollen im Rahmen der Umsetzung der Eindämmungsverordnung weniger häufig Kontrollen der Standplätze von öffentlichen Glascontainern durchgeführt, weil dies personell nicht möglich ist.

Die Aufstellung von Beschilderung ist veranlasst, zeigt aber nicht die gewünschte Wirkung. Das Anbringen von Schildern an den Behältern ist nicht gestattet, da diese nicht im Eigentum der Landeshauptstadt Potsdam sind.

Herr Dörschel macht deutlich, dass auch Gläser neben den Container abgestellt werden, wenn diese voll sind. Hier muss eine Lösung gefunden werden ggf. durch eine technische Möglichkeit, die anzeigt, dass der Behälter voll ist.

Herr Troche verweist auf die Ausführungen der Verwaltung und erklärt dem Antrag für erledigt durch Verwaltungshandeln.

Herr Raschke bittet um Abstimmung darüber.

Abstimmungsergebnis:

8 Ja-Stimmen einstimmig angenommen.

Herr Roggenbuck lobt die Verwaltung für die schnelle Reaktion, wenn man Verschmutzungen an Glasbehältern meldet.

**zu 3.7 Achte Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung von
Benutzungsgebühren für Leistungen des Rettungsdienstes der
Landeshauptstadt Potsdam (Achte
Rettungsdienstgebührenänderungssatzung)**

Vorlage: 20/SVV/1258

Oberbürgermeister, Fachbereich Feuerwehr

Herr Krawinkel erklärt, dass es aktuell durch die der Regionalleitstelle angeschlossenen Leistellen eine Tiefenprüfung erfolgt. Da das Ergebnis dazu noch aussteht, erfolgt keine Zustimmung der Krankenkassen.

Er erklärt, dass formal alle zwei Jahre die Rettungsdienstgebührensatzung erneuert werden muss. Nach Prüfung und Abwägung der Risiken hat die Verwaltung entschieden, die Satzung zurückzunehmen.

Herr Dr. Scharfenberg fragt, ob dann Ende 2021 eine Satzung für 2022 vorgelegt wird.

Dies wird durch Herrn Krawinkel bestätigt.

zu 3.8 Sicherheit im Schlaatz gewährleisten

Vorlage: 20/SVV/0973

AfD Fraktion

Herr Stiffel bringt den Antrag ein und begründet diesen.

Frau Grochowski weist darauf hin, dass der bereits 2014 gestartete Verstetigungsprozess durch den Bereich Stadtentwicklung für den Stadtteil Schlaatz die städtebauliche Entwicklung mit der Verbesserung der

Lebensbedingungen verbindet. Das darauf aufbauende „Integrierte Entwicklungskonzept Soziale Stadt Am Schlaatz 2020-2025“ bereitet den Weg für die nachhaltige Weiterentwicklung des Schlaatzes.

Ziel ist es, gemeinsam mit den Akteuren vor Ort und den Bewohner*innen einen lebenswerten Stadtteil für alle zu gestalten. Dieses Ziel ist auch verbunden mit einer Verringerung der Kriminalität und der Förderung des Sicherheitsgefühls in der Bevölkerung. Vertreter des Ordnungsamtes sowie der Präventionsmanager des Präventionsrates arbeiten an diesem Prozess aktiv mit und unterstützen damit die Entwicklung dieses Stadtteils.

Herr Eichert kann den Antrag nicht nachvollziehen und wird diesem nicht zustimmen.

Herr Dr. Scharfenberg betont, dass mit dem Antrag der Eindruck erweckt wird, dass der Stadtteil Schlaatz der Kriminalitätsschwerpunkt der Landeshauptstadt Potsdam ist. Dies ist eine Stigmatisierung. Der Antrag geht an der Realität vorbei. Herr Dr. Scharfenberg bittet um eine Gesamtbetrachtung der LHP.

Herr Raschke verweist auf die positive Entwicklung am Schlaatz sowie auf die vielen Einrichtungen und Angeboten, die für den Schlaatz arbeiten.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, stellt Herr Raschke den vorliegenden Antrag zur Abstimmung.

Der Ausschuss für Ordnung und Sicherheit empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung wie folgt zu beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, den am 11.2.2020 gegründeten Kommunalen Präventionsrat der Landeshauptstadt Potsdam in den Fachbereich Ordnung und Sicherheit der Verwaltung einzubinden und einen kontinuierlichen Informationsaustausch in die Stadtverordnetenversammlung über den Ausschuss für Ordnung und Sicherheit herzustellen.

Gemeinsam sollen Präventionsrat sowie Arbeitsgruppen aus Fachbereich und dem Ausschuss für Ordnung und Sicherheit ein gemeinsam getragenes Sicherheitskonzept für besonders betroffene Stadtteile (insbesondere den Stadtteil Schlaatz) entwickeln, das präventiv wiederkehrende Gewaltdelikte konsequent bekämpft, die Sicherheit für die Bürger verstärkt und neben Polizeipräsidium bzw. Polizeiinspektion Potsdam sowie dem Stadtteil- bzw. Quartiersmanagement, die Ausländerbehörde und weitere Sicherheitsbehörden einbezieht. Die Einrichtung einer ständig besetzten Wache beispielsweise am Marktplatz Schlaatz, eine Verbesserung der Wege- und Straßenbeleuchtung sowie der Einsatz von freiwilligen Citystreifen ist zu prüfen.

Abstimmungsergebnis:

Mit 1 Zustimmung und 7 Ablehnungen **abgelehnt**.

zu 3.9 24-Stunden Dienst des Ordnungsamtes

Vorlage: 20/SVV/1174

Fraktion CDU

Herr Eichert bringt den Antrag ein und erläutert diesen.

Herr Dörschel berichtet, dass der Antrag im Finanzausschuss beraten wurde. Es

wurde festgestellt, dass der Antrag unverhältnismäßig ist. Der Antrag wurde daraufhin abgelehnt.

Herr Eichert weist darauf hin, dass es sich um einen Prüfauftrag handelt. Erst wenn das Prüfergebnis vorliegt, sollte eine Entscheidung erfolgen.

Herr Dr. Scharfenberg legt Wert darauf, dass durch die Landeshauptstadt Potsdam keine polizeilichen Aufgaben wahrgenommen werden sollen.

Frau Grochowski weist darauf hin, dass es ein Polizeigesetz und ein Ordnungsbehördengesetz gibt. Für eine derartige Untersuchung muss externe Hilfe zugezogen werden. Derzeit ist dies aus eigener Kraft nicht zu realisieren. Die aktuelle Lage (Corona-Pandemie, Afrikanische Schweinepest, Vogelgrippe) beansprucht die Kräfte des Fachbereichs Ordnung, Sicherheit und Gesundheit in hohem Maße. Eine Prüfung ist nicht vor Ende des 1. Halbjahres 2021 durch externe Vergabe möglich.

Herr Eichert verlängert die Frist der Berichterstattung bis zum 3. Quartal 2021 und passt den Antragtext entsprechend an.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, stellt Herr Raschke die so geänderte Drucksache zur Abstimmung.

Der Ausschuss für Ordnung und Sicherheit empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung wie folgt zu beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt zu prüfen, welche strukturellen, personellen und materialen Veränderungen es in der Verwaltung der Landeshauptstadt Potsdam bedarf, damit die Dienste des Ordnungsamtes den Bürgerinnen und Bürgern 24 Stunden zur Verfügung gestellt werden können. Dazu soll eine Kosteneinschätzung vorgelegt werden. Der Prüfbericht ist im Februar 2021 dem Hauptausschuss vorzulegen.

Abstimmungsergebnis:

Mit 2 Zustimmungen und 6 Ablehnungen **abgelehnt**.

zu 3.10 Einrichtung einer Fahrradstaffel des Ordnungsamtes

Vorlage: 20/SVV/1216

Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD, Die Linke

Herr Twerdy bringt die neue Fassung des Antrags ein und begründet diese.

Frau Grochowski erklärt, dass die Landeshauptstadt Potsdam den Prüfauftrag annimmt. Sie macht deutlich, dass die genannte Frist nicht zu realisieren ist.

Herr Stiffel LHP sollte sichere Radwege initiieren.

Herr Eichert betont, dass er dem vorliegenden Antrag nicht zustimmen könne.

Herr Twerdy und Herr Dörschel ändern den letzten Satz des Antrages wie folgt: Die Stadtverordnetenversammlung ist im Zusammenhang mit der nächsten Haushaltsberatung, spätestens aber im 1. Halbjahr 2021 Bericht zu erstatten.

Herr Raschke stellt die so geänderte neue Fassung des Antrags zur Abstimmung.

Der Ausschuss für Ordnung und Sicherheit empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung wie folgt zu beschließen:

Die Stadtverordnetenversammlung spricht sich für die Einführung einer Fahrradstaffel des Ordnungsamtes aus, die die Freihaltung der Rad- und Fußwege kontrolliert und sichert.

Der Oberbürgermeister wird beauftragt darzulegen, wie und mit welchem Personal- und Kostenaufwand dies umgesetzt werden kann, sowie darzulegen, in welchem Zeitrahmen die Einführung einer Fahrradstaffel möglich ist.

Die Stadtverordnetenversammlung ist im Zusammenhang mit der nächsten Haushaltsberatung, spätestens aber ~~bis März 2021~~ im 1. Halbjahr 2021 Bericht zu erstatten.

Abstimmungsergebnis:

Mit 6 Zustimmungen und 2 Enthaltungen mehrheitlich angenommen.

zu 3.11 Mehr Sicherheit für Radfahrer

Vorlage: 20/SVV/1145

Fraktionen DIE LINKE, SPD und Bündnis90/Die Grünen

Herr Krämer bringt den Antrag ein und begründet diesen. Als Termin für den Bericht über die Maßnahmen schlägt er das 1. Halbjahr 2021 vor.

Frau Grochowski erklärt, dass auf Radwegen das Halten und Parken geahndet wird. Seit dem Inkrafttreten der neuen Regeln in der Straßenverkehrsordnung (StVO) Ende April gilt ein generelles Halteverbot auf den Schutzstreifen für den Radverkehr. Zuvor war es erlaubt, bis zu 3 Minuten auf den Schutzstreifen zu halten

Aufgrund der erklärten Nichtigkeit des im April 2020 novellierten Bußgeldkatalogs kann ein Verstoß im Sinne eines Halteverbotes auf dem Schutzstreifen für den Radverkehr nach wie vor nicht geahndet werden. Das Parken auf Schutzstreifen kann nur in Form von schriftlichen Verwarnungen aufgenommen werden.

Stellen die Mitarbeitenden des Ordnungsamtes einen Verstoß gegen das Halteverbot auf Schutzstreifen für den Radverkehr fest, wird der Verursacher selbstverständlich auf sein Fehlverhalten aufmerksam gemacht.

Frau Grochowski macht deutlich, dass aktuell die Kontrollen nicht in der erwünschten Form und Dichte möglich sind, da die personellen Kapazitäten nicht vorhanden sind. Es muss auch ein gesundes Gleichgewicht zwischen den Kontrollen gegeben sein.

Herr Krämer erklärt, dass es täglich an den gleichen Punkten Probleme mit zugestellten/zugeparkten Radstreifen gibt.

Herr Eichert betont, dass die Landeshauptstadt Potsdam prüfen sollte, ob die Radwege auf den Bordstein verlegt werden können, um sicherer mit dem Rad durch Potsdam zu kommen.

Herr Stiffel fragt, ob es z.B. für Paketdienste ggf. Ausnahmen geben kann, da diese enormen Zeitdruck haben.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, stellt Herr Raschke die vorliegende Drucksache zur Abstimmung.

Der Ausschuss für Ordnung und Sicherheit empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung wie folgt zu beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die Kontrolle der Freihaltung von Radwegen durch das Ordnungsamt zu intensivieren. Dazu soll das Ordnungsamt prüfen, wie an jeweils einem Tag pro Woche vor allem Verstöße gegen das Halteverbot auf Radwegen kontrolliert und geahndet werden können. Die Kontrollen sollen dabei wechselnd und bis mindestens 20.00 Uhr in den verschiedenen Stadtteilen stattfinden.

Abstimmungsergebnis:

Mit 7 Zustimmungen und 1 Ablehnung mehrheitlich angenommen.

zu 3.12 Abstellen von Autos in Kreuzungsbereichen, Einmündungen und vor Bordsteinabsenkungen verhindern

Vorlage: 20/SVV/1277

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Herr Twerdy bringt die neue Fassung des Antrags ein und begründet diesen.

Frau Grochowski macht deutlich, dass die besonderen Gefahrenlagen seit Jahren im Blick sind. Sie weist darauf hin, dass flächendeckend in der Brandenburger Vorstadt Poller aufgestellt wurden. Der Antrag ist aus Sicht der Verwaltung durch Verwaltungshandeln erledigt.

Unabhängig davon finden bei den täglichen Kontrollen und auf Hinweis aus der Bevölkerung Bewertungen statt.

Herr Eichert hält den Antrag für erledigt durch Verwaltungshandeln.

Herr Raschke verweist auf die Poller in Babelsberg, vor denen regelmäßig Autos geparkt werden.

Herr Twerdy betont, dass an Schwerpunktstellen zusätzlich Markierungen und Poller auf der Straße benötigt werden. Er sieht hier noch einen Bedarf, dies in der Stadt insgesamt zu prüfen.

Herr Raschke stellt die neue Fassung des Antrags zur Abstimmung.

Der Ausschuss für Ordnung und Sicherheit empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung wie folgt zu beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, darzustellen, wie die Verwaltung das Umsetzen der StVO insbesondere bei Verstößen gegen § 12 Abs. 3 StVO, konsequenter durchsetzen wird. Dazu ist dem KUM im Juni 2021 ein Konzept dazu vorzustellen.

Aus den Erfahrungen des Ordnungsamtes im Verlauf des Jahres 2021 sind die wichtigsten Gefahrenstellen im Stadtgebiet zu dokumentieren und für diese physische Maßnahmen wie Poller oder farbliche Kennzeichnung zu prüfen. Das Ergebnis ist dem KUM im März 2022 vorzulegen.

Abstimmungsergebnis:

Mit 3 Zustimmungen, 4 Ablehnungen und 1 Stimmenthaltung abgelehnt.

zu 4 Mitteilungen der Verwaltung

**zu 4.1 Standortsuche Wertstoffhof im Potsdamer Norden
Vorlage: 20/SVV/1296**

Oberbürgermeister, FB Stadtplanung

Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

**zu 4.2 Auswirkungen des Cyberangriffs im Januar 2020 auf den Geschäftsbereich
Ordnung, Sicherheit, Soziales und Gesundheit**

Die Information wird schriftlich nachgereicht.

zu 4.3 Informationen zum "Kommunalen Präventionsrat"

Frau Grochowski gibt eine kurze Einleitung.

Herr Hansche stellt anhand einer Präsentation die Arbeit des Kommunalen Präventionsrates vor und geht eingangs auf den strukturellen Aufbau ein. Anschließend stellt er die einzelnen Arbeitsebenen vor und gibt Erläuterungen. Herr Hansche erklärt die Ziele und Aufgaben der kommunalen Prävention und gibt Informationen zum Aktuellen Stand sowie zu den geplanten Aktionen. Abschließend verweist er auf die Hindernisse.

Die Präsentation wird als Anlage zur Niederschrift zur Verfügung gestellt.

Herr Dr. Scharfenberg bedauert, dass die Bildung des Präventionsrates nicht durch die Stadtverordnetenversammlung beschlossen wurde. Er macht deutlich, dass es erst nach einem Jahr die Information gibt, dass eine Arbeitsgruppe installiert wurde. Es muss im Hauptausschuss darüber diskutiert werden, wie die Stadtverordnetenversammlung hier einbezogen werden kann. Es muss zeitnah die Verbindung mit der Stadtverordnetenversammlung und der Öffentlichkeit hergestellt werden.

Frau Grochowski nimmt dies mit und bietet Herrn Dr. Scharfenberg ein bilaterales Detailgespräch an. Sie verweist auf die schwierigen Bedingungen durch die Pandemie.

Herr Eichert unterstreicht die Aussagen von Herrn Dr. Scharfenberg.

Herr Scharfenberg erklärt, dass es um eine Grundsatzfrage geht. Über die Umsetzung sollte zeitnah im Hauptausschuss gesprochen werden.

zu 5 Sonstiges

Nächste Sitzung des OS-Ausschusses: 23. Februar 2021, 18:00 Uhr

**Christian Raschke
Stellv. Ausschussvorsitzender**

**Martina Spyra
Schriftführerin**